



Geschäftsstellen: Diez, Düsseldorf

**Verein gegen
Rechtsmißbrauch e.V.**
Röderbergweg 34
60314 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 43 35 23
VGR-Ffm@t-online.de
www.justizgeschaedigte.de

RECHENSCHAFTSBERICHT

des Vorsitzenden für den Vorstand und die
Mitgliederversammlung am 20.6.2016
Juli 2013 - Mitte Juni 2016

Vorige Wahl des Vorstandes: 17.6.2013
anstehende Wahl des Vorstandes: 20.6.2016

Der VGR hatte am 17.6.2013 606 Mitglieder, am 10.6.2016 sind es 667.

1. VGR-Mitgliederversammlungen: 51

Frankfurt: 27 Diez: 12 Düsseldorf: 12

25-Jahr-Feier des VGR in Frankfurt a.M. am 9.11.2015.

Referenten

Jürgen Roth, RA Dr. M.J. Zimmermann, Richter AG Harald Walther,
Dr. Wilhelm Schlötterer, RA Dr. Sven Theobald, Dr. Joachim Wagner,
Prof. Dr. Martin Schwab (25.11.2015).

2. Vorstandssitzungen: 2 18.1.2014, 16.4.2016 je in Frankfurt a.M.

3. Informationsveranstaltungen:

Würzburg 5.3.2014

4. Pressemitteilungen:

26.10.2015 25 Jahre VGR

5. Teilnahme an besonderen Veranstaltungen (20)

- Öffentliche Kundgebung zur Unterstützung von Gustl Mollath in Nürnberg am 27.7. und in München am 2.8.2013
- Schader-Forum (Staat, Demokratie, Gemeinwohl), Darmstadt
9.10.2013, 9.6.2016
- Bürgerschutz-Tag (Hausgeld-Vergleich, Mitglied des VGR):
Berlin 18.5.2014 „Einführung Justizombudsmann“, München 14.6.2015
„Rechtsbehelfe gegen Zivilurteil“; Videos darüber auf youtube
- Frankfurter Markt der Selbsthilfegruppen
16.5.2014, 26.6.2015, 13.5.2016
- Offenbacher Markt der Selbsthilfegruppen 20.9.2014
- Markt der Vereine Dietzenbach 7.3.2015
- Europ. Bürger Initiative Brüssel 27.6.2013 (Die Grünen)
- Weißer Ring, Heusenstamm 3.3.2015, Vortrag über Arbeit des VGR
- Europäischer Bürgertag Brüssel, 13.4.2015, 20.4.2016

- Tagung Evangelische Kirche Hofgeismar in Kassel am 6.2.2015
„Einstellung von Richtern“
- Präventionstag (gegen Kriminalität) in Frankfurt a.M. 7.6.2015
- IG Metall, Frankfurt a.M. DGB-Vors. R. Hoffmann, 21.7.2015
Hinweis auf Problem nebenberufliche Tätigkeit von Arbeitsrichtern
als Leiter von betrieblichen Einigungsstellen, nachteil. Rechtspr.
- Tag der offenen Tür Bundesministerien, Justizministerium
29.8./30.8.2015 (Verteilen VGR-Infos durch Berliner VGR-Mitglieder)
- Gründung Bundesverband Impfgeschädigter in Frankfurt a.M. 12.9.2015
- Ehrenamtsmesse in Frankfurt a.M. 19.9.2015
- FES Berlin 28.9.2015 „Gerechtigkeit braucht starke Justiz“
- Der SPIEGEL Hamburg 9.10.2015
- Victim Veto, Düsseldorf 5.2.2016
- Kommunalwahlkampf Frankfurt a.M. 17.2., 23.2.2016

6. Gespräche mit Politikern, Anwälten und Richtern

- Dr. Simon Weiß, Piratenpartei, Abgeordnetenhaus Berlin 20.5.2014
wegen Einführung Justizombudsmann, er ist dagegen.
- Margitta Mächtig, Die Linke, Landtag Brandenburg, Potsdam 24.9.2015
- Heike Hofmann, SPD, Landtag Wiesbaden, 19.5.2016

Einführung des/der Justizombudsmannes/-frau, bis jetzt liegt keine abschließende Stellungnahme beider Parteien vor.

7. Aktivitäten zur Verbesserung der Rechtsprechung und der Anwaltschaft

20 Eingaben an Politiker, Justizminister etc.

- Schreiben vom 23.8.2014 an die Nieders. Justizministerin Niewisch-Lennartz (Die Grünen): Einrichtung eines Richterwahlausschusses, Anregung, dass dieser dann öffentlich tagen soll, Übertragung der Dienstaufsicht über Richter auf einen Justizombudsmann. Letzteres beurteilt sie kritisch, Anregung, öffentlich zu tagen, kann in die Diskussion eingebracht werden.
- Schreiben 12.9.2013 an CDU/CSU-Fraktionsvors. Kauder wegen Einführung des Justizombudsmannes, abgelehnt, die Kontrolle wird verantwortl. und effektiv ausgeübt.
- Schreiben 1.2.2014 an Wolfgang Bosbach, CDU, wegen Justizombudsmann, abgelehnt, Änderung des Dt. Richtergesetzes nicht nötig.
- Schreiben vom 30.1.2014 an RA'in Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin wegen Einführung des Justizombudsmannes, keine Antwort.
- Petition an den Dt. Bundestag, Änderung § 522 Abs. 2 und 3 ZPO, abgelehnt.
- Schreiben vom 24.2.2014 an FDP-Vors. Christian Lindner wegen Einführung des Justizombudsmannes, abgelehnt.
- Schreiben vom 4.1.2014 an Bundesjustizminister Maas wegen Einführung des Justizombudsmannes und Nebentätigkeiten von Arbeitsrichtern als Leiter von betrieblichen Einigungsstellen, abgelehnt.
- Schreiben vom 7.4.2014 an Bundesjustizminister Maas wegen Untersagung von richterlichen Nebentätigkeiten, die Interessenkollisionen beinhalten, keine Antwort.

- Schreiben vom 29.8.2014 an MdL Dr. Sepp Dürr, München, wegen Versagung der richterlichen Nebentätigkeiten, die Interessenkollisionen beinhalten, Antwort vom 4.11.2014, dass die Grünen überlegen wollen, welche Initiativen sie ergreifen wollen. Keine weitere Mitteilung.
- Schreiben vom 12.9.2014 an Justizminister Thomas Heilmann, Berlin, wegen Untersagung der richterlichen Nebentätigkeiten, die Interessenkollisionen beinhalten, abgelehnt, keine Gefährdung der richterlichen Unabhängigkeit, Vorsitz von betrieblichen Einigungsstellen wegen besonderer Sachkunde.
- Schreiben vom 8.10.2014 an Hess. Justizministerin Kühne-Hörmann wegen arbeitsrichterliche Nebentätigkeiten, diese sind im Interesse der Tarifparteien wegen der besonderen Sachkunde der Richter am Arbeitsgericht.
- Schreiben vom 28.10.2016 an Bundesjustizminister Maas wegen Behandlung von Beschwerden durch Rechtsanwaltskammern, Übertragung auf eine staatliche Stelle, abgelehnt, weil dies dem Grundsatz der freien Advokatur (Rechtsanwaltschaft) widersprechen würde.
- Schreiben vom 12.6.2014 an Dr. Ulrich Wilken, Die Linke, Hess. Landtag wegen Einführung des Justizombudsmannes, keine Antwort.
- Schreiben an SPD-Fraktionsvorsitzenden Oppermann die Beschwerden gegen Rechtsanwälte durch staatliche Stellen wie in England und Wales bearbeiten zulassen. Antwort von seiner Kollegin Dr. Högl, dass sie unsere Auffassung nicht teilt. Beschwerden werden von Rechtsanwaltskammern ernst genommen und sorgfältig bearbeitet.
- Schreiben vom 29.11.2014 an die SPD-Bundestagsabgeordnete Ulli Nissen wegen Missstände in der Justiz. Antwort, dass meine Auffassungen von der SPD-Bundestagsfraktion nicht geteilt werden, dem sie sich anschließt.
- Schreiben vom 19.1.2015 an Deutschen Richterbund wegen angeblich fehlender 2000 Richter. Hinweis auf die vielen Nebentätigkeiten. Antwort: Nebentätigkeiten haben nichts mit dem Mangel an Richter zu tun. Auf meine Argumente ist der DRB nicht eingegangen.
- Schreiben vom 22.7.2015 an Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin, Vors. Reiner Hoffmann wegen der Leitung von betrieblichen Einigungsstellen durch Arbeitsrichter, was nicht im Interesse der Arbeitnehmer ist, keine Antwort.
- Schreiben an Vors. Prof. Schäfer der von Hayek-Gesellschaft wegen seiner Äußerung, dass die individuelle Freiheit durch Bevormundung bedroht ist. Mein Hinweis auf den Anwaltszwang, der den Bürger entmündigt. Keine Antwort.
- Schreiben vom 25.3.2016 an Frau Dr. Petry und Herrn Prof. Meuthen, ob die AfD die Rechtsmittelinstanzen (Berufung, Revision) abschaffen will (Punkt 3.1 letzter Satz des Grundsatzprogrammes). Trotz Erinnerung vom 23.4.2016 bis heute keine Antwort.
- Schreiben vom 17.5.2016 an Bundesjustizminister Maas wegen Änderungen für Rechtsanwälte: Berufsaufsicht über Rechtsanwälte wie in England und Wales auf eine staatliche Stelle zu übertragen, da die Rechtsanwaltskammern bei der Berufsaufsicht fast vollständig versagen. Die Anwaltsgerichte sollten öffentlich tagen. Der Streitwert für die Anrufung der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft (§ 191f BRAO) ist zu erhöhen (derzeit € 50.000,--). Bis jetzt keine Antwort.

8. VGR-Aufrufe

AfD-Bundesparteitag Bremen 30.1.2015; AfD Frankfurt a.M. 15.1.2015
AfD-Bundesparteitag Stuttgart 30.4.2016
Richtertag Weimar 2.4.2014
70. Deutscher Juristentag, Hannover 16.9.2014
SPD-Parteikonvent 20.9.2014 (Berliner VGR-Mitglieder)
SPD-Bundesparteitag Berlin 10.12.2015 (Berliner VGR-Mitglieder)
Deutscher Anwaltstag
Stuttgart 26.6.2014, Hamburg 11.6.2015 (VGR-Mitglieder), Berlin 2.6.2016

Diese Aufrufe wurden je am Eröffnungstag an die Teilnehmer(innen)/Delegierten verteilt. Außerdem haben die Mitglieder sie zu gegebener Zeit mit dem Einladungsschreiben zu den Mitgliederversammlungen erhalten.

9. Teilnahme an Tagungen

Evangelische Akademie Bad Boll 18.10.-19.10.2013 und 18./20.11.2015
Speyerer Demokratietagung 23./24.10.2014 „Transparenz contra Geheimhaltung in Staat, Verwaltung und Wirtschaft“
Forum Justizgeschichte, Wustrau
25./27.10.2013 „Forschungen zur NS-Justiz nach 1945“
26./28.9.2014 „Positionen dt. Justiz zu Überwachung von Geheimdiensten“
25./27.9.2015 „Beitritt, Wiedervereinigung, feindliche Übernahme?“
Mehr Demokratie
je in Erfurt 24./25.5.2014 und 22./23.11.2014
Fulda 9./10.5.2015, Düsseldorf 14./15.11.2015, Frankfurt a.M. 4./5.6.2016
Kritische Justiz, RAV, VDJ etc. „Praxen der Rechtskritik“ Berlin 7./9.4.2016

10. Teilnahme Tages-Veranstaltungen, Verteilen von VGR-Material

RA Dr. Rainer Füllmich, Göttingen 6.6.2013 „Rechtsstaat statt Bankenstaat“, 16.11.2013
Deutscher Arbeitsrechtstag, Berlin 22.1.2014 (Berliner VGR-Mitglieder)
Hessentag in Bensheim am 10.6.2014, Teilnahme an Fraktionssitzungen der SPD und Die Linke
FES Frankfurter Mediengespräche 13.2.2014
Norbert Blüm „Einspruch! Wider die Willkür an dt. Gerichten“
Berlin 10.11.2014 (Berliner VGR-Mitglieder), Karlsruhe 24.2.2015,
Büdingen 21.5.2015
Marburger Leuchtfeuer, Marburg 14.6.2014
Die Grünen, AK Justiz, Stuttgart 25.7.2014
Gießener Tagung „Die Richter und ihre Denker“ 6.9.2014

11. Anzeigen für den VGR: 12

Taz/die tageszeitung, Berlin 19.7.2014, 28.2.2015; Rheinische Post, Düsseldorf 9.11.2013, 1.3.2014, 28.2.2015; Amtsblatt Diez 3; Extra Tipp Offenbach 7.2.2016, 20.3.2016; SZ 1.3.2014; Westdt. Verlags- und Werbeges. Essen (Rhein-Bote Düsseldorf 6.1.2016.

12. Berichte über den VGR in der Presse bzw. Erwähnungen des VGR: 3

P.M. 1/2016 „Unschuldig im Gefängnis - wie kann das passieren?“
Darmstädter Echo 27.2.2016
Wiesbadener Kurier 27.2.2016

13. Veröffentlichte Leserbriefe von H. Trieflinger: 23

FAZ: 3, FASZ: 1; FR: 14, Gelnhauser Neue Zeitung: 1
DER SPIEGEL: 2, SZ: 1, WirtschaftsWoche: 1

Die Leserbriefe behandeln richterliche Nebentätigkeiten, richterliche Unabhängigkeit, Dienstaufsicht, Staatsanwaltschaft, Ombudsmann, Fehlurteile etc. Ich habe wenigstens 15-20 weitere Leserbriefe an verschiedene Zeitungen verfasst, die nicht veröffentlicht wurden.

14. Prozessbegleitung (§ 3 Nr.6 VGR-Satzung)

Der VGR hat Mitgliedern in 36 Fällen Prozessbegleitung und Prozessbeobachtung geboten. Es handelt sich um Gerichte an den Orten Aachen, Darmstadt, Gießen, Offenbach, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Simmern, Köln, Aschaffenburg, Nürnberg, München, Meiningen, Frankfurt a.M., Potsdam, Zwickau, Schweinfurt, Würzburg.

Der Berichtersteller hat einen größeren Teil dieser Termine, hauptsächlich in Frankfurt a.M., aber auch an anderen Orten, deshalb wahrgenommen, weil dies von den Mitgliedern gewünscht worden war.

15. Bewerbung um Spenden für den VGR

Von Juni 2013 bis Mai 2016 hat der VGR an Spenden € 2.142,-- erhalten. Dieser Betrag ist in den Einnahmen enthalten.

16. Eigener Internetauftritt des VGR: www.justizgeschaedigte.de

Unsere Internetseite ist außerdem über www.anwaltsofopfer.de zu erreichen. Von Mitte Juli 2007, dem Zeitpunkt der Einrichtung unseres Auftrittes, bis jetzt verzeichnete unser Internet-Auftritt mehr als 243.000 Besuche. Dies sind durchschnittlich 27.000 Besuche je Jahr.

Der VGR ist außerdem in weiteren Datenbanken aufgenommen und somit zusätzlich über diese Organisationen im Internet zu finden (Aufzählung nicht vollständig):

Frankfurter Stadtverband
Selbsthilfe Kontaktstelle Frankfurt a.M.
Gesundheitsportal Rehacafé Leverkusen
Bertelsmann-Stiftung: Facebook
Soziale Einrichtungen, Rankendorf
Npo-info (V&M Service GmbH, Konstanz),

17. Der VGR ist Mitglied folgender Vereine

Forum Justizgeschichte, Kiel, das sich der Erforschung und Darstellung der deutschen Rechts- und Justizgeschichte des 20. Jahrhunderts widmet (Jahresbeitrag € 70,--).

Mehr Demokratie e.V., München: Grund war der AK Justiz, der inzwischen eingestellt wurde. Darüber hinaus der Einsatz von MD für Volksentscheide, die auch für uns sehr wichtig sind. Sollten sie

VGR **Gegen Missstände in Anwaltschaft und Justiz**

gesetzlich eingeführt werden, können wir über diesen Weg versuchen, Verbesserungen in Anwaltschaft und Justiz gesetzlich durchzusetzen, wenn sie die Politik weiterhin weigert, dies zu tun. (Jahresbeitrag € 60,--).

Mitarbeit im AK Justiz der HU Marburg und im AK Recht und Justiz der Grünen in Stuttgart, wofür nur die Kosten für die Teilnahme entstehen, hauptsächlich handelt es sich um Fahrtkosten nach Marburg und Stuttgart.

Der VGR ist Abonnent der FR und Betrifft JUSTIZ (vier Ausgaben je Jahr).

18. Organisationen, die den VGR empfehlen, wenn dort Personen anrufen, die Probleme mit Anwälten und/oder der Justiz haben

Weißer Ring, Mainz (Hauptsitz), Frankfurt a.M., Offenbach
Amnesty International, Berlin/Bonn

Wenn diese Organisationen den VGR nicht als seriös und kompetent betrachten würden, dann würden sie ihn nicht empfehlen.

19. VGR ist registriert bzw. verzeichnet

Deutscher Bundestag, Berlin; Landtage Hessen, RP, NRW;
Bundesanzeiger, Oeckl, Heyne Adressbuch Deutschland; Hessen Jahrbuch
Presse-Taschenbuch Geld + Versicherung, Gesundheit; Hoppenstedt, Darmstadt; Unfallopfer-Hilfswerk, Berlin; verband.info, Essen (Handbuch der Verbände); betaInstitut, Augsburg; Agis Verlag GmbH, Baden-Baden; Selbsthilfe-Kontaktstelle Frankfurt a.M.(Internet); Selbsthilfekoordination Bayern, Würzburg; BBK, Hannover; FAZ/Wochenübersicht: Beratungen.

20. Aberkennung der Gemeinnützigkeit durch das Hessische Finanzgericht

Der Vorstand wird sich bemühen, die Gemeinnützigkeit wieder zu erlangen. Es bestehen dann gute Aussichten, wenn attac mit seiner Klage vor dem Finanzgericht in Kassel Erfolg hat. Außerdem wollen die Parteien, besonders die Grünen, sich dafür einsetzen, dass Vereine, die politische Ziele verfolgen, die Gemeinnützigkeit zuerkannt wird. Dies setzt voraus, dass gesetzliche Vorschriften geändert werden. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Abgabenordnung (AO) §§ 51 -68.

Frankfurt, 15. Juni 2016

Horst Trieflinger
Vorsitzender